

EIN VERMÖGENSBERATER holt reuige Steuersünder zurück in die Legalität

Vom Fluchthelfer zum Hilfs-Sheriff

TORSTEN RIECKE | ZÜRICH

Der liechtensteinische Vermögensberater Kaiser Ritter reicht Steuerflüchtlingen die helfende Hand. Die Gruppe will Kunden aus den USA, die ihr Schwarzgeld bei Schweizer oder Liechtensteiner Banken deponiert haben, den Weg zurück in die Legalität ebnen. Um ihre Klienten zur Selbstanzeige bewegen zu können, haben die findigen Berater aus dem Ländle ein Abkommen mit der amerikanischen Steuerbehörde IRS getroffen. Im Auge hat Kaiser Ritter nicht nur die eigene Kundschaft, sondern auch jene zahlreichen US-Bürger, die von Großbanken wie der UBS im Regen stehen gelassen wurden. Firmenchef Fritz Kaiser schätzt den Markt auf „30 bis 50 Mrd. Dollar“.

Die ungewöhnliche Offerte ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich wendige Finanzmanager schnell auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen. Kaiser beschreibt seine Geschäftsphilosophie treffend mit dem Ziel, „immer auf der richtigen Seite der Veränderung zu sein“. Spätestens seit sich nahezu alle Steuerstaaten verpflichtet haben, die OECD-Standards zum Austausch von Bankinformationen bei Steuerdelikten anzuerkennen, ist klar, dass es einen intensiven Beratungsbedarf für „schwarze“ Altvermögen gibt. Viele Banken scheuen jedoch

davor zurück, damit verbundene rechtliche Risiken einzugehen. So hat die UBS zahlreiche US-Klienten gezwungen, ihre Konten aufzulösen. Die Schweizer Bank ist von der IRS verklagt worden, die Konten von 52 000 Kunden offenzulegen.

Um sich abzusichern, hat Kaiser Ritter im Sommer 2008 zunächst anonym Kontakt zur IRS aufgenommen, um das Interesse der Amerikaner an einem Beratungsdienst auszuloten. „Die Reaktion war positiv und wir haben uns verpflichtet, die IRS-Spielregeln einzuhalten“, berichtet Geschäftsführer Stephan Ochsner. Wer von den Kunden nicht mitzieht, hat allerdings auch bei Kaiser Ritter langfristig keine Heimat mehr. Die Gruppe will aber niemanden „ans Messer“ liefern. Um die Kunden außerhalb der Schweiz direkt betreuen zu können, fehlt jedoch noch eine Genehmigung der US-Börsenaufsicht SEC. Die soll in den nächsten Wochen kommen.

„Die Nachfrage ist sehr groß, wir haben Kapazitätsprobleme“, so Kaiser. Bislang hat die Gruppe zwischen 50 und 100 Kunden aus dem Zwielicht in die steuerkonforme Legalität begleitet. Ganz billig ist das Unterfangen für die Betroffenen freilich nicht. Nach einer Selbstanzeige müssen die reuigen Steuersünder damit rechnen, dass der US-Fiskus etwa ein Drittel ihres Vermö-

gens einfordert. Darüber hinaus lässt sich Kaiser Ritter ihre Dienste mit Stundensätzen von bis zu 500 Franken vergüten. Ein schlechtes Gewissen, dass sie ihre Kunden zu spät auf die rechtlichen Risiken der Steuerhinterziehung hingewiesen und diese so erst ermöglicht haben, verspüren die Liechtensteiner nicht. „Die Frage des mea culpa hat sich für uns nicht gestellt“, sagt Kaiser, „unsere Kunden sind uns dankbar, dass wir sie auf die neue Sachlage hinweisen.“ Die Gruppe, die auch eine Privatbank und ein Treuhandgeschäft betreibt, will ihre Dienste auch deutschen Kunden anbieten. Anders als bei den US-Klienten gebe es bei ihnen die Möglichkeit, un versteuertes Vermögen über moderne Fondsprodukte zu legalisieren, sagte Kaiser. „Außerdem kann man natürlich auch in die Schweiz umziehen.“ Dort gilt weiterhin das strikte Bankgeheimnis.



Argus Ref 35298493

RIECKES RÜCKFRAGE

*Kurzes
 Gedächtnis*

Um die Finanzbranche muss man sich keine Sorgen machen. Wer geglaubt hat, die große Krise hätte jegliche Innovationsfreude der Banker für immer und ewig abgetötet, muss nur nach Liechtenstein blicken. Dort zeigt die kleine Vermögensberatung Kaiser Ritter der verblüfften Konkurrenz, wie sich mit einer smarten Geschäftsidee auch in Krisenzeiten gleich doppelt verdienen lässt. Erst hilft man den US-Kunden klammheimlich, ihr Vermögen vor dem heimischen Fiskus zu verbergen. Nachdem der Steuerschwindel aufgeflogen ist, bieten die findigen Berater jetzt ihre Dienste an, die Sünder mit einem Gnadengesuch (Selbstanzeige) vor dem Knast zu bewahren. Ich weiß nicht, was man mehr be-

wundern soll: die geniale Geschäftsidee oder die Chuzpe, mit der sich die Liechtensteiner Wendehälse ihrer Mitverantwortung für die Steueraffäre entziehen.

Dass die Anheizer des Booms auch von der Krise profitieren wollen, ist keineswegs ungewöhnlich. So haben zum Beispiel private Beteiligungsgesellschaften mit riskanten Manövern viele Unternehmen in die Überschuldung getrieben. Als die Private-Equity-Blase platzte, waren die Buy-out-Könige die ersten, die mit sogenannten „Geierfonds“ die Trümmer ihres Tuns wieder zu Gold machen wollten. In der Finanzbranche spricht man von einem „holistischen“ Geschäftsansatz. Man könnte etwas ketzerisch auch sagen: Erst schafft man die Probleme und dann bietet man die Lösung an.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dass Vermögensberater wie Kaiser Ritter sich um die düpierten Steuer Sünder kümmern wollen, kann man nur begrüßen. Der Beratungsbedarf für die Eigentümer jener Schwarzgelder, die noch auf den

Konten der Steueroasen liegen, ist riesig. Man kann sich nur wundern, dass Großbanken wie die UBS noch nicht auf diese Idee gekommen sind. Gerade die Eidgenossen, die in den USA gezielt für eine Steuerhinterziehung geworben haben, sollten ihre Kunden jetzt nicht im Stich lassen.

Etwas mehr Ehrlichkeit und Demut würde den wendigen Finanzberatern jedoch gut anstehen. Mit dem Hinweis, die Welt habe sich verändert und jetzt gehe es darum, auf der richtigen Seite der Veränderung zu sein, macht man es sich allzu leicht. Wie wäre es, wenn man den Steuersündern die Bewährungshilfe zu einem Discount-Preis anbieten würde?

riecke@handelsblatt.com

